



## **GASTKOMMENTAR**

Demografischer Wandel

Unterstützung für Löhnes Senioren

VON GERD KRAHE, SPD-RATSFRAKTION

Die Bundesbürger leben länger und die Zahl der Älteren steigt genauso wie ihr Anteil an der Bevölkerung. Der Trend ist in Zahlen festgegossen und auf Sicht nahezu unveränderbar: Heute ist jeder vierte Bundesbürger 60 Jahre und älter. Im Jahr 2050 wird jeder Dritte zur Altersgruppe über 60 zählen.

Der Wandel im Altersaufbau auch der Löhner Bevölkerung erfordert eine Neuorientierung der kommunalen Seniorenpolitik. Die SPD hat sich in Löhne immer dafür eingesetzt, dass sich alle Generationen in unserer Stadt wohl fühlen. Das kann allerdings nur gelingen, wenn die Politik die Strukturen dafür schafft.

Im Zuge der Haushaltsberatungen 2006 haben CDU/FDP und LBA allerdings Beschlüsse gegen dieses Miteinander mit ihrer Mehrheit beschlossen. So wurde die Arbeiterwohlfahrt (AWO) finanziell von den Einsparungen sehr hart getroffen. In 2006 muss jeder AWO-Ortsverein auf jährlich 320 Euro, die für Gesundheitsvorsorge von Senioren eingeplant waren, verzichten. Außerdem ist eine 20-prozentige Kürzung der Zuschüsse für gemeinsame Ausflüge, die die AWO für alle Senioren der Stadt anbietet, erfolgt.

Auch bei den Weihnachtsfeiern, den Weihnachtsgeldern für die Senioren wurde der Rotstift mit 20 Prozent Minus angesetzt. Durch Beschluss von CDU/FDP und LBA wurde auch das Taschengeld für die Senioren um ein Fünftel gekürzt. Dass darüber hinaus die Zuschüsse für den Betrieb der Altentagesstätten um 20 Prozent gekürzt wurden, setzte der Politik der konservativen Mehrheit im Rat der Stadt Löhne die Negativ-Krone auf.

Die SPD-Fraktion ruft CDU/FDP und LBA auf, sich besser und endlich zukunftsweisend auf den demografischen Wandel einzustellen. Weitere Kürzungsvorstellungen in Bezug der Altenpolitik in 2007 sollten deshalb ganz schnell vergessen werden. Die SPD-Fraktion erinnert CDU/FDP und LBA daran, dass jeder Euro, den eine Kommune in eine seniorengerechte Infrastruktur investiert, die Zukunftsfähigkeit des Standorts stärkt.

Damit die Menschen da, wo sie leben, ein Gefühl von sozialer Heimat spüren, brauchen sie vor allem eines: Unterstützung, die ihnen ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben ermöglicht – unabhängig vom Alter. Dafür streitet die SPD-Fraktion der Stadt Löhne, zum Wohl aller Generationen.

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Dienstag 26. September 2006

### **SPD fordert Sportplatz-Sanierung**

Gohfelder Sozialdemokraten diskutierten über Situation des Mittelbach-Stadions

**Löhne (nw).** Die Zukunft des Stadions „Am Mittelbach“ war das Schwerpunktthema bei der letzten Monatsversammlung des SPD-Ortsvereins Gohfeld.

Anfang des Jahres hatte der FC Löhne-Gohfeld beantragt, den Rasenplatz zu einem Kunstrasenplatz umzugestalten, da ein Platz mit Naturrasen dem mehrmals wöchentlich stattfindenden Trainings- und Spielbetrieb nicht gewachsen sei.

Auf dem Stadiongelände existiert unterhalb des Rasenplatzes ein Rotgrandplatz, der eigentlich auch für das Training verwendet werden könnte. Dieser Platz befindet sich allerdings in einem sehr schlechten Zustand. Der beantragte Kunstrasenplatz könnte ganzjährig und mehrmals wöchentlich genutzt werden, der Rotgrandplatz würde dann nicht mehr benötigt.

Der Sportplatz befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem reinen Wohngebiet. Das Zusammenlegen von zwei Sportplätzen zu einem und der damit stark zunehmende Spiel- und Trainingsbetrieb ist den Anliegern aus Lärmschutzgründen nicht zuzumuten. Daher hätten Rat und Verwaltung diese Möglichkeit ablehnen müssen.

So wie sie jetzt ist, könne die Situation allerdings nicht bleiben, sind die Sozialdemokraten überzeugt. Bei einer Ortsbesichtigung stellten die Mitglieder der Gohfelder SPD fest, dass der Rotgrandplatz sich in einem Zustand befinde, der keine vernünftige Nutzung zulasse. „Beim Begehen der Spielfläche kann man feststellen, dass die Fläche völlig uneben und steinhart ist“, so Ratsmitglied Oliver Schmidt, „bei starkem Regen sickert kein Wasser ein und alle Abflüsse sind verstopft. Das Wasser steht förmlich auf dem Platz.“

Um den Platz wieder bespielbar zu machen, sei es dringend erforderlich, den Boden komplett neu aufzubauen und eine Drainage zu verlegen, die bisher nicht existiere. „Die Gohfelder SPD wird sich dafür einsetzen, dass die hierfür erforderlichen Gelder im nächsten Haushalt eingeplant werden, so dass möglichst zeitig im Frühjahr mit der Renovierung begonnen werden kann“, versicherte der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Stephan Klute.

Sportausschussmitglied Volker Kollin regte an, „ob nicht schon in diesem Jahr der Platz zumindest eingeschränkt nutzbar gemacht werden kann, das würde bedeuten, dass das Gras entfernt und der Platz geebnet wird. Denn wenn die Gohfelder Fußballer im Winterhalbjahr ständig den Rasenplatz zum Training benutzen, ist der auch bald renovierungsbedürftig.“

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Mittwoch 06. September 2006

**„Das Klima ist eisiger geworden“  
Löhner SPD zieht politische Bilanz und bestätigt Egon Schewe als  
Vorsitzenden**

**Löhne (nw).** Neuwahlen des Vorstandes und ein Rückblick auf die Kommunalpolitik der vergangenen zwei Jahre standen bei der Stadtverbandsdelegiertenkonferenz der Löhner SPD auf der Tagesordnung.

Die Arbeit der Partei sei durch die schmerzlichen Einschnitte wie den Verlust der absoluten Mehrheit in Löhne und den Verlust des Bürgermeisteramts nicht leichter geworden, resümierte und analysierte der Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe .

„Aber auch dem Bürger wird zwischenzeitlich klar geworden sein, dass durch diesen Wechsel die sozialpolitische Leitkultur in Löhne verloren gegangen ist. Nun haben eben andere, die Bürgerlichen, die Zügel in der Hand und das Klima in der Stadt und im Rat ist eisiger geworden. Der neue Bürgermeister hat durch seine eigensinnige Politik der Alleingänge vor allem in der SPD seinen Gegner gesucht und auch gefunden.“

Die SPD stelle sich jedoch den neuen Herausforderungen und werde auch aus der Oppositionsrolle die Politik in Löhne mitgestalten. „Denn beim Wähler ist diese Stadt immer noch unsere Stadt. Das haben wir erst im letzten Jahr deutlich an den Ergebnissen der Bundestagswahl gesehen, als wir in 19 von den 22 Löhner Wahlbezirken gewonnen haben,“ so Egon Schewe.

Es zeichne sich mittlerweile, auch nach einigen personellen Veränderungen, ein guter Weg für die Löhner SPD ab.

Über neue Arbeitskreise widmet sich die SPD den speziellen aktuellen kommunalpolitischen Themen, und in der Arbeit der sozialdemokratischen Frauen in der ASF, oder den Jusos würden gezielt Themen dieser Interessengemeinschaften angefasst. Diese Arbeiten werden durch das Wissen und die Erfahrung der aktiven Altgenossen unterstützt.

Ziel sei es, auf diesem Weg den Bürger mitzunehmen und neue Wähler oder den kritisch gewordenen SPD-Wähler wieder zu gewinnen.

Im Anschluss an seine Rede bestätigten die Delegierten Egon Schewe mit einem überzeugenden Wahlergebnis in seinem Amt als Stadtverbandsvorsitzender. Mit ähnlich guten Ergebnissen wurden Angela Beeck, Friedel Böhse, Oliver Kleimeier und Oliver Schmidt als stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende neu gewählt.

Nach weiteren Wahlen der Kassierer, Schriftführer, Beisitzer und Kassenprüfer rundete das anschließende Stadtverbandsfest den Abend ab.



Das Führungsteam der Löhner SPD: Stephan Klute, Oliver Kleimeier, Oliver Schmidt, Sven Schütte (hintere Reihe), Wilhelm Stuke, Brigitte Förster, Stevo Viduka, Heinz Dahlmeier, Martin Lorenz (mittlere Reihe), Angela Beeck, Edeltraut Ramöller, Egon Schewe, Kerstin Hamel und Dieter Schneider (vordere Reihe, v. l.). [zum Originalfoto hier..](#)

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Mittwoch 02. August 2006

## **GASTKOMMENTAR**

### **Kürzung der Kindergartenbeiträge Die Kleinsten sind die Verlierer**



**VON GERD KRAHE,  
SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER**

Die sitzungsfreie Sommerpause des Rates und der Ausschüsse der Stadt Löhne ist in Kürze vorbei. Ich gehe davon aus, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Löhne gut erholt haben und Kraft für die Zukunft getankt haben.

Ich muss für mich feststellen, dass mich als Politiker die Themen der Kommunalpolitik in der Erholungsphase nicht losgelassen haben. Das ist auch gut so, denn die Probleme müssen beseitigt werden. Ideen dafür hat man im Urlaub, davon gehe ich aus.

Schließlich gibt es die Presse und andere Medien, die uns auf dem Laufenden halten. (Ich stutze, denn ab 1. August gilt die neue Rechtschreibung. Wird „Laufenden“ nunmehr groß oder klein geschrieben? Also nachschauen im neuen DUDEN. Ich lese, dass auf dem Laufenden in der Tat wieder groß zu schreiben ist.)

Der Alltag hat mich wieder: Kanalausbau im Mennighüffer Dichterviertel; akute Finanzkrise des Kreises Herford durch CDU/FDP-Mehrheit verursacht: sehr auffällige Führungsschwäche der Löhner CDU; Löhner FDP ist orientierungsloses Anhängsel der führungslosen CDU; der hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Göhner ist sowohl Abgeordneter im Bundestag als auch Lobbyist (Hauptgeschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände / BDA) für mich ist beides nicht vereinbar, Göhner sollte sofort ein Amt abgeben; CDU/FDP-Landespolitik und deren Auswirkungen auf die Löhner Kommunalpolitik.

Hier breche ich meine Auflistung ab, denn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Löhne sind erst kürzlich durch Beschlüsse der CDU/FDP-Landesregierung betroffen bzw. zur Kasse gebeten worden.

Die Kleinsten sind wegen der Beschlüsse im Landtag die größten Verlierer. Ausgerechnet in dem von Rüttgers ausgerufenen „Jahr der Kinder“ ist hier vor allem gekürzt worden. So hat das Land den Kommunen den finanziellen Ausgleich für Kindergartenbeiträge, die von den Eltern nicht gezahlt werden konnten, gekürzt. Die Gefahr, dass viele Kinder aus Geldmangel dann aus dem Kindergarten abgemeldet werden, wird von dieser CDU/FDP-Landesregierung nicht gesehen.

Auf Grund eines SPD-Antrags konnte die Beschlussfassung der CDU/FDP-Mehrheit im Landtag im Rat der Stadt Löhne allerdings ausgehebelt werden.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Löhne wird auch in Zukunft dafür kämpfen, dass keine Familie wegen des neuen Kindertagesstätten-Gesetzes finanziell überfordert wird. Die Bildungschancen von Kindern dürfen für die Löhner SPD nicht von kommunalen Kassenlagen abhängen.

Deshalb fordert die SPD von der Landesregierung, die Neuregelung der Finanzierung auf keinen Fall auf dem Rücken der Kleinkinder auszutragen.

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Mittwoch 28. Juni 2006

**GASTKOMMENTAR**  
**Fehlende Ausbildungsplätze für Schulabgänger**  
**Appell: Bilden Sie aus!**



**VON GERD KRAHE,**  
**SPD-FRAKTIONSvorsitzender**

Der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Löhne bereitet die überaus problematische Situation auf dem Ausbildungsmarkt zunehmend Sorgen. So zeichnet sich bei den Ausbildungsplätzen in diesem Jahr eine noch schlechtere Entwicklung ab

als 2005. Die Situation bei den Ausbildungsplätzen für Löhner  
Abschlusschülerinnen und -schüler ist 2006 noch dramatischer als zuvor.

Für die SPD-Fraktion grenzt es knapp an einen Skandal, dass in 2006 den  
jungen Schulabgängern 500 Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung gestellt  
werden. Das Argument vieler Firmen, sie bildeten nicht aus, weil sie die  
Übernahme nach Ausbildungsende nicht garantieren könnten, ist für die SPD  
ein Scheinargument. Für die Gesellschaft muss es oberstes Ziel sein, dass alle  
Jugendlichen ein Ausbildungsangebot nach ihrer Schulpflicht erhalten.

Nachwuchssicherung findet durch mehr Ausbildungsplätze statt. Ausbildung  
gibt der jungen Generation Zukunft. Durch sie wird Arbeitslosigkeit,  
insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, bekämpft.

Der Dank der SPD-Fraktion gilt allen Arbeitgebern, die in der Vergangenheit  
dafür gesorgt haben, dass der jungen Generation durch Ausbildungsplätze die  
Möglichkeit für eine Zukunft eröffnet wurde.

Mehr als bisher bedarf es 2006 außerordentlicher Anstrengungen aller an der  
Berufsausbildung Beteiligter, damit möglichst alle Jugendlichen in Löhne eine  
Berufsausbildung erhalten. Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft.  
Kurzfristiges Kostendenken führt in die personalpolitische Sackgasse. Die  
SPD-Fraktion der Stadt Löhne appelliert an alle heimischen Betriebe,  
Verwaltungen, Verbände und Organisationen:

- Stellen Sie auf jeden Fall im bisherigen Umfang Auszubildende ein.
- Schaffen Sie zusätzliche Ausbildungsplätze.
- Wenn Sie bisher nicht ausgebildet haben, beginnen Sie in dieser Not mit der  
Ausbildung.
- In dieser schwierigen Zeit gilt der Grundsatz „Ausbildung geht vor  
Übernahme“. Bilden Sie daher auch über ihren eigenen Bedarf aus.

Viele, die jetzt rufen, die Ausbildung sei zu teuer, die Lehrlingsgehälter seien  
zu hoch, die Berufsschule sei zu lang und der Bildungsstand zu schlecht,  
tragen ihren Kampf auf dem Rücken der Jugendlichen aus. Das sollte man  
bedenken.

Wir brauchen dringend mehr Ausbildungsplätze!

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Samstag 17. Juni 2006

### **Bürger sollten Kulturpakt bilden**

Martin Lorenz äußert sich zur Zukunft der Löhner Kulturförderung.

Hunderte von Löhner Bürgern, die aktiv ehrenamtlich darüber 15 Jahre eine  
Veranstaltung ermöglichten oder besucht haben, sind durch die aktuelle  
Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vor den Kopf gestossen. Die  
beliebte Varieté Nacht wurde durch Beschluss der bürgerlichen Mehrheit in

der Kommunalpolitik und auf Antrag der CDU aus der Kulturförderung gestrichen.

Diese Vorgehensweise trifft alle sonstig ehrenamtlich tätigen Bürger in kulturtreibenden Vereinen und Institutionen, wurde doch gerade jüngst vom Rat einstimmig ein Pakt für die Kultur beschlossen. Einzelgespräche im Vorfeld der Entscheidung zeigten, dass der einzelne Verantwortliche schon für die Veranstaltung gestimmt hätte und ein Kompromiss möglich gewesen wäre. Doch gefangen in einer politischen Entscheidung mussten die Bürgerlichen CDU/FDP der LBA zustimmen, insbesondere der Bürgermeister Kurt Quernheim, der gegen seine eigenen Verwaltungsvorlage, dem Kompromissvorschlag, gestimmt hat.

Vielleicht, so kann man nur für ihn hoffen, wird er in seiner Restentscheidungszeit eines Tages frei von solchen gewissen Entscheidungszwängen sein. Selbstverständlich können wir Löhner ohne eine eigene Varieténacht leben, von Ehrenamtlichen organisiert.

Natürlich können wir ohne eine eigene Konzerte, geplant und durchführt von Hunderten von Bürgern in den Chören leben. Natürlich können wir Löhner ohne finanzielle Unterstützung des eigenen Stadtmusikkorps, getragen durch jahrelange selbstbezahlte Ausbildung der einzelnen ehrenamtlichen Musiker in der Musikschule leben. Natürlich könnten wir Löhner ohne jegliche Vereine, auch im Sportbereich leben.

Natürlich brauchen wir Löhner keine Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Was bleibt dann für den Löhner Bürger? Vielleicht der Blick auf die Schilder der Weltstadt der Küchen, die wohl mehr kosteten wie der Jahresetat der gesamten freiwilligen Kulturleistungen? So wurden nun 4.000 Euro im Kompromiss gestrichen, gerademal 10 Cent von jedem Bürger.

Von der CDU wurde im Kulturbehinderungsausschuss vorgeschlagen, die Eintrittspreise für die Varieténacht insgesamt anzuheben, und doch an den ersten Tischen vor der Bühne höhere Preise anzuwenden. Vielleicht kann die CDU, weil sie es besser weiss, auch den Kirchen empfehlen, welche Kirchenbankreihe beim Konzert den besten Preis erzielt. Allerdings: Alle Beteiligten wissen es besser, wie hier vor Ort zu verfahren ist.

Wie geht es nun für uns Ehrenamtliche im Kulturbereich weiter? Den Kopf in den Sand stecken? Nein, das kann es nun wirklich nicht sein. Wir sollten uns weiterhin formieren und engagieren, die Gründung des Kulturforum Löhne zielt genau in diese Richtung. Gemeinsam werden wir stark und haben Tausende von Löhner Bürgern, unabhängig von Parteipolitik hinter uns! Die Bürger sollten einen Pakt für Kultur bilden, und diesen bei den ersten Löhner Kulturtagen vorzeigen. Den im Rat vertretenen Parteien und mir wünsche ich weniger Einfluss der Zankhähne in den Fraktionen, mehr menschliches Aufeinanderzugehen untereinander und weitere Gesprächsbereitschaft mit den Ehrenamtlichen. . . .

Martin Lorenz  
Löhne

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Freitag 09. Juni 2006

### **SPD gegen Erhöhung Kindergartenbeiträge sollen stabil bleiben**

Löhne (nw). Die SPD wird gegen die von der Verwaltung der Stadt Löhne vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge für Kindergarten, Kita und Hort stimmen. Das ist einhellige Meinung der SPD-Fraktion. „Der Beschlussvorlage der Verwaltung, die Elternbeiträge ab 1. August um fünf Prozent anzuheben, muss gekippt werden“, forderte der Fraktionsvorsitzende Gerd Krahe.

Den Anlass lieferte die CDU-Landesregierung, die im Landeshaushalt 104,8 Millionen Euro bei den Tageseinrichtungen für Kinder, insbesondere beim Elternbeitragsdefizitausgleich, gestrichen hat.

„Wir nehmen mit Protest zur Kenntnis, dass die CDU-Landesregierung eine bessere Kinderbetreuung verspricht, die Rechnung dafür aber an Kommunen und Eltern weiterreicht. Das ist unmöglich“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Böhm.

Die SPD-Fraktion will Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung aktiv unterstützen. Bewältigt werden könne diese Aufgabe aber nur in fairer und partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Land und Kommunen. Durch die Beschlüsse der CDU-Landesregierung sei das allerdings nicht möglich, so die SPD-Fraktion.

Es kann nicht sein, dass das Land den eigenen Haushalt auf Kosten der Städte saniert. „Die Kürzung bei den Tageseinrichtungen der Kinder macht deutlich, wie unglaubwürdig CDU und FDP in der Familienpolitik sind“, so Gerd Krahe. Wie das Land steht auch die Stadt Löhne finanziell mit dem Rücken zur Wand, doch aus familienpolitischer Sicht sei der Verwaltungsvorschlag der fünfprozentigen Erhöhung der SPD Löhne nicht akzeptabel und ist zudem ein völlig falsches Signal, so die SPD einhellig.

Die SPD fordert, dass der durch die fehlende Erhöhung entstehende Fehlbetrag durch Umschichtungen im Haushalt zu kompensieren ist. Wie Einsparungen zu erzielen sind, habe die SPD durch ihre Anträge bezüglich der Adolf-Blomeyer-Brücke und bezüglich des Dimmens der Straßenbeleuchtung gezeigt.

„Die familienfreundliche Ausrichtung der Stadt muss wesentliches Leitbild bleiben und sich als Schwerpunkt im Haushalt widerspiegeln“, forderte Egon Schewe und brachte damit noch einmal die Meinung der SPD-Fraktion auf den Punkt.

© 2006 Neue WestfälischeLöhner Nachrichten,  
Mittwoch 15. März 2006

**GASTKOMMENTAR**



## **Geplante Verabschiedung des Haushaltes Allein der Sparwille ist maßgebend**



**VON GERD KRAHE, SPD**

Am 22. März wird im Rat der Haushalt für 2006 beraten. Ziemlich spät! Auch die endgültige Beschlussfassung ist laut Tagesordnung für die Ratssitzung vorgesehen. Wie die Parteien und Gruppierungen abstimmen werden, ist nur zum Teil bekannt. Daher wird der Ausgang spannend. Die Frage, kommt der Haushalt durch oder nicht, kann gegenwärtig weder positiv noch negativ beantwortet werden.

Für die SPD ist sicher, dass die CDU Bürgermeister Quernheim unterstützen und für den Etatentwurf der Verwaltung stimmen wird. Man wird auch die Wette gewinnen, dass die beiden FDP-Mitglieder keine von der CDU abweichende Meinung kundtun werden.

Nicht vorhersehbar ist momentan die Ausrichtung der LBA. Bis Jahresende 2005 sind Dr. Ottensmeier und Gefolgsleute vom Bürgermeister und der CDU hofiert worden. Dementsprechend klappte die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt auch prima. Die Konsequenz war, dass Bürgermeister, CDU, FDP und LBA bei allen Abstimmungen im Rat die Mehrheit hatten.

Doch plötzlich war die Herrlichkeit Ende des Jahres vorbei. Die LBA zog sich ganz abrupt aus dem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung zurück. Sie vermeldete als Grund, dass sie enttäuscht von CDU und Bürgermeister sei.

Die SPD hatte nämlich den Antrag gestellt, die Kosten der neuen Blomeyer-Brücke auf 540.000 Euro zu begrenzen. Diesem Ansinnen entzog sich die LBA nicht und stellte einen ganz ähnlichen Antrag. CDU und Bürgermeister blieben nach wie vor bei ihrer um mehr als 100.000 Euro teureren Fischbauchbrücke.

So waren SPD und LBA plötzlich auf einer Linie, ohne dass irgendeine Absprache getroffen worden wäre. Allein der Sparwille war maßgebend. Die SPD fordert, dass Bürgermeister Quernheim endlich Sparbeschlüsse des Rates, die nicht aus seiner Feder stammen, zur Kenntnis nimmt und sie in seine Überlegungen einbezieht.

Dass CDU und Bürgermeister ihre Sparpläne hinsichtlich Sport und Kultur als Erfolg in den Medien feierten, muss als Affront gewertet werden, denn bisher war es guter Stil, dass die Betroffenen im Vorfeld gehört wurden und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Die SPD stellt deshalb den Antrag, dass dieser Fehler schnellstens behoben wird.

Am 22. März wird es gewiss spannend werden.

## **Gegen Wildwuchs Sozialdemokraten wollen Regelung für Mobilfunkmasten**

Löhne. „Immer wieder ist auch in Löhne zu erleben, dass Mobilfunkbetreiber rigoros beim Ausbau ihrer Netze vorgehen“. Das kritisiert SPD-Stadtverbandsvorsitzender Egon Schewe in einer Pressemitteilung. „Nach Meinung der SPD müssen die Rechte der Bürger höher gestellt werden. Anlagen dürfen unserer Meinung nach in Zukunft in der Stadt Löhne nicht einfach beliebig erstellt werden“, so Schewe.

„Es muss berücksichtigt werden, dass die Mobilfunkstrahlung von Sendemasten wahrlich nicht so unproblematisch ist, wie die Betreiber dieser Netze es gerne darstellen“, so Wolfgang Böhm vom SPD-Fraktionsvorstand. Zudem müsse die Zeit vorbei sein, dass Nachbarn auf einmal vor vollendete Tatsachen gestellt würden, wenn Mobilfunkbetreiber einen Partner gefunden hätten. So wisse bestimmt nicht jeder Obernbecker, dass unter dem Dach der Kirche Sendeanlagen montiert seien.

Auch Egon Schewe sieht große Probleme und großes Unwohlsein bei Betroffenen: „Gerade wenn, wie in Obernbeck, Bürger den Eindruck haben müssen, hier sind Absprachen von Verwaltung und Betreiber am Bürger vorbei getroffen worden.“ „Aus diesem Grund gehört ein Konzept her, das für einen Interessenausgleich zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern sorgt“, fordert Gerd Krahe, Fraktionsvorsitzender der SPD im Löhner Rat.

Dies will die SPD jetzt auf den Weg bringen. Die Verwaltung soll beauftragt werden, ein eigenes Konzept zu entwickeln. „Vorbild könnte dabei das ausgezeichnete Konzept der Stadt Attendorn sein“, so Wolfgang Böhm. Gerade hier werde vorbildlich versucht, genau diesen Interessenausgleich herzustellen. Jeder Bürger solle natürlich mobil telefonieren können, aber hier gebe es ein weites Feld von Möglichkeiten.

Nach Meinung der SPD soll man sich auf wenige Sendestandorte beschränken, dem Werteverfall der Grundstücke in Anlagennähe entgegen wirken und auch bei der Standortsuche im Sinne des Konzeptes behilflich sein. „In Attendorn haben die Verantwortlichen erlebt, dass die Netz-Betreiber für solche Argumente sehr wohl zugänglich sind“, so Egon Schewe.



**Fördern ein Konzept:** Die drei führenden Löhner Sozialdemokraten (v. l.) Egon Schewe, Wolfgang Böhm und Gerd Krahe empfahlen das Beispiel der Stadt Altenkorn.

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Freitag 10. Februar 2006

## **Besser preiswert als schön SPD und LBA stoppen im Rat die „Fischbauch“-Variante der Blomeyer- Brücke**

VON JÜRGEN NIERSTE

Löhne. Für Gerd Krahe (SPD) ist die Fischbauchbrücke „endgültig vom Tisch“, für Hermann Ottensmeier (LBA) ging sie salopp „den Bach runter“: Eine Überraschungskoalition aus Sozialdemokraten und Bürger-Allianz setzte im Rat ihre Sparvorstellungen für den Neubau der Blomeyer-Brücke durch und stoppte die teuren Pläne.

Damit wurde bereits zum zweiten Mal die sogenannte bürgerliche Ratsmehrheit gesprengt. CDU, FDP, Bürgermeister Kurt Quernheim und die Bunte Liste stimmten geschlossen gegen SPD und LBA, blieben aber mit 21:23 Stimmen in der Minderheit.

Auf dem Tisch lag zunächst nur der Antrag der LBA, die Kosten für den Brückenneubau auf 520.000 Euro zu begrenzen. Der Löhner Bevölkerung könne ohne eine Begrenzung der Kosten nicht verständlich gemacht werden, dass die Stadt ernsthaft sparen wolle, lautete die Begründung von Hermann Ottensmeier.

Bürgermeister Kurt Quernheim hielt mit den in den letzten Wochen ausführlich zitierten Argumenten dagegen: Man wolle ein ästhetisch ansprechendes Bauwerk, da es 80 bis 100 Jahre halten müsse. Für weniger als 540.000 Euro sei die Brücke nicht zu haben.

„Hier kann sehr wohl gespart werden“, war SPD-Fraktionschef Gerd Krahe entschieden anderer Meinung. Eine streng funktionale, preiswerte Brücke sei angesichts des Sparzwangs besser als eine schöne Brücke. Deshalb stellte er den Antrag: „Das Büro Bockermann, das die Fischbauchbrücke entworfen hat, soll den Planungsauftrag für eine deutlich preisgünstigere Brücke erhalten.“ Krahe erinnerte daran, dass das Ingenieurbüro bereits im Juni 2004 im

Bauausschuss eine deutlich billigere Brückenvariante vorgestellt habe. Die solle es nun planen.

Bei der CDU machten sich die Sozialdemokraten mit ihrem Vorstoß keine Freunde: „Wir sind erstaunt, dass die SPD eben mal einen weiteren Planungsauftrag vergeben will“, so Horst Schäffer, „habt Ihr etwa Gespräche geführt, dass Bockermann keine neuen Planungskosten in Rechnung stellen wird?“ Heinz Ruschmeier ereiferte sich: „Das sind doch ungelegte Eier!“

Auch Ulrich Adler (Bunte Liste) plädierte vehement gegen die Spar-Version der Sozialdemokraten: „Damit verabschieden wir uns völlig von einer vernünftigen Stadtkernbildung.“

Uwe Neuhaus (FDP) gewann dem SPD-Antrag hingegen durchaus Positives ab: „Damit könnten wir uns schon anfreunden.“ Letztlich stimmte er aber doch nicht zu.

Anders die LBA: „Begrüßenswert“, lobte Hermann Ottensmeier den SPD-Vorstoß, verzichtete auf Abstimmung über den eigenen Antrag und schlug sich spontan mit seinen drei Fraktionskollegen auf die Seite der Sozialdemokraten.

Vor der Abstimmung bemühte sich Bürgermeister Kurt Quernheim um Kompromiss und Aufschub: „Das Ganze läuft doch letztlich auf ein Rechenexempel hinaus. Lassen Sie uns ein Gespräch mit dem Ingenieurbüro Bockermann am kommenden Montag abwarten.“ Aber weder SPD noch LBA ließen sich darauf ein. Sie bestanden auf Abstimmung und setzten sich durch.

Auch Ingenieur Klaus Bockermann, der gestern vom Bürgermeister über den Ratsbeschluss informiert wurde, sieht die ansprechende, aber teure Fischbauchbrücke als gestorben an: „Das finde ich sehr schade, denn ich habe viel Herzblut in dieses Projekt gesteckt.“

Er werde nun Planung und Kostenberechnung seiner einfachen Brückenvariante in Angriff nehmen. „Aber ein Preis von 350.000 Euro, den ich in 2004 genannt habe, wird nicht zu halten sein, denn seither ist der Stahlpreis um 50 Prozent gestiegen.“

Bockermann sagte, „über den Daumen gepeilt“ würden die reinen Baukosten für die einfachere Konstruktion 450.000 bis 480.000 Euro betragen.

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Montag 16. Januar 2006

### **SPD fordert Spar-Unterlagen ein Krahe: „Strategie, LBA einzubinden, ist gescheitert“**

**Löhne (nw).** „In der politischen Landschaft war es bekannt, dass auf Dr. Ottensmeier von der LBA kein Verlass ist. Mit dem Auszug aus der Sparkommission Ende Dezember wurde diese Tatsache untermauert. Allein die Löhner CDU und Bürgermeister Quernheim haben aus naiver machtpolitischer

Denkweise das nicht wahrhaben wollen“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Gerd Krahe in der jüngsten Vorstandssitzung zur Abmeldung der LBA aus dem Haushaltskonsolidierungs-Ausschuss (wir berichteten).

Dass die SPD von Anfang an nicht teilgenommen hatte, wurde von allen Vorstandsmitgliedern noch einmal ausdrücklich begrüßt.

„Die SPD-Fraktion hat sich allerdings nicht, wie CDU und Bürgermeister in der Vergangenheit behaupteten, der Verantwortung für die Finanzen der Stadt entzogen“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Böhm. „Schließlich lädt der Bürgermeister zu der von der SPD beantragten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26. Januar ein.“ Das zeige doch eindeutig, dass der Bürgermeister mit seiner Strategie, die LBA in die Politik einbinden zu können, grandios gescheitert sei.

Die SPD wolle nach wie vor mit allen, die an der Konsolidierung des städtischen Haushalts interessiert sind, zusammen arbeiten und weiterhin konstruktive Vorschläge in den Rat einbringen. Polemik und Verunglimpfung des politischen Gegners seien bei der anstehenden Auseinandersetzung allerdings nicht angebracht, betonte der SPD-Fraktionsvorstand.

Die Vorstandsmitglieder bemängelten, dass Bürgermeister Quernheim ihnen mit nicht nachvollziehbaren Argumenten Unterlagen für die Sparkommission vorenthalten würde. Die SPD hatte diese Unterlagen Anfang Dezember schriftlich beantragt, jedoch vom Bürgermeister eine abschlägige Antwort erhalten. Die angeforderte Liste unterliege der zwischen CDU, FDP, LBA und Bürgermeister vereinbarten Vertraulichkeit, so sei im Antwortschreiben des Bürgermeisters zu lesen gewesen sein.

„Die von der SPD in Auftrag gegebene Rechtsauskunft führt eindeutig aus, dass die Listen auf Anforderung dem Fraktionsvorsitzenden zugesandt werden müssen. Und zwar auch, wenn die SPD-Mitglieder nicht an der Sitzung teilgenommen haben“, so Gerd Krahe. Einen Antrag zur Vorlage der Liste will die SPD noch einmal einbringen.

„Es wäre für einen Neuanfang nach der Pleite mit der CDU, FDP und LBA angebracht, dass Bürgermeister Quernheim endlich die Gräben zuschüttet“, stellte der stellvertretende Bürgermeister Egon Schewe fest.

© 2006 Neue Westfälische  
Löhner Nachrichten, Mittwoch 04. Januar 2006

#### **DER GASTKOMMENTAR**

Der Haushaltskonsolidierungsausschuss bröckelt  
VON WOLFGANG BÖHM, SPD-FRAKTION



### **Auch wir sind Löhne**

Es ist amtlich, bereits die dritte Fraktion entzieht sich dem Haushaltskonsolidierungsausschuss. Und mit der LBA immerhin eine Fraktion, die diesen Arbeitskreis heftig gefordert und verteidigt hat. Dies sieht die SPD-Fraktion ohne Häme, aber mit der Feststellung, dass wichtige Haushaltsfragen nicht irgendwohin gehören, sondern in den zuständigen Ausschuss. Es zeigt sich, dass es nicht gut ist, wenn man auf Zusammenarbeit bedacht ist, in Kampfabstimmung gegen einen Großteil des Rates ein Gremium einzurichten, das entscheidende Grundlagen der Ratsarbeit beraten soll. Das muss im Haupt- und Finanzausschuss geschehen und die SPD hat zum Thema Haushaltskonsolidierung eine Sondersitzung beantragt.

Der Bürgermeister sollte nun den Mut besitzen und den Arbeitskreis auflösen. Mittlerweile wird dort eine klare Ratsmehrheit nicht mehr vertreten. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht, dass wichtige Fragen öffentlich diskutiert werden. Mit Interesse wird die SPD die Verwaltungsvorschläge zum Haushalt bearbeiten, zumal der Bürgermeister der SPD-Fraktion Unterlagen des Arbeitskreises aus bisherigen Sitzungen vorenthält. Die SPD wird das rechtlich prüfen lassen.

Bei unserer Arbeit und unseren Beratungen werden wir allen Löhner Institutionen, ob es sich um kulturelle, wirtschaftliche, sportliche, gesellschaftspolitische oder andere Träger handelt, die gleichen Chancen und Unterstützungen einräumen.

Die SPD-Fraktion hat einen Wunsch für 2006: Man muss unser Angebot zur Zusammenarbeit wie die Sparvorschläge zur Blomeyer-Brücke nur annehmen. Dagegen sind wir die ständigen Zurechtweisungen des Bürgermeisters leid.

Auch wir sind Löhne.